

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreisabteilungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Ausgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinseite 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kallierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 24

Sonnabend, den 14. Juni 1924

28. Jahrgang

### Steinfeger und Baugewerksbund.

Unter dieser Überschrift brachte der ehemalige Gauleiter Pitschke (Frankfurt a. M.) des mit unserm Verbands verschmolzenen Steinfegerverbandes im „Grundstein“ Nr. 21 eine Veröffentlichung, die, von falschen Voraussetzungen ausgehend, natürlich auch falsche Schlüsse enthält. Wir haben die Redaktion des „Grundstein“ gebeten, folgende Erwiderung aufzunehmen:

1. Auf dem letzten Verbandstage des Steinfegerverbandes in Gera richtete der Vertreter des Baugewerksbundes Kollege Otto die selbstverständliche Aufforderung und Mahnung an die Delegierten, die Geschlossenheit der Organisation unter allen Umständen, gleichviel, wie die Urabstimmung über die Verschmelzung ausfällt, aufrechtzuerhalten.

2. Die Urabstimmung erfolgte mit 4218 gegen 2537 Stimmen zugunsten des Steinarbeiterverbandes.

3. Das skizzenweise aufgestellte Abstimmungsergebnis wurde dem zum Steinarbeiterverband übergetretenen Filialen zur Nachprüfung zugestellt.

4. Die auf Betreiben Pitschkes, Hüttmanns und Spottkes entgegen dem Abstimmungsergebnis zum Baugewerksbund abgeschwenkten etwa 500 Mitglieder umfassenden Filialen gaben mit dieser Abschwenkung ihr Recht auf weitere Mitwirkung und Berücksichtigung in dem Vereinigten Steinarbeiter- und Steinfegerverband auf. Sie wurden folgedessen beim Verbands des einschlägigen Materials nicht mehr berücksichtigt.

5. Dasselbe gilt von Pitschke, dessen Anstellungsverhältnis zum Steinfegerverband erst gelöst wurde, als er trotz des vorliegenden Urabstimmungsergebnisses für den Anschluß an den Baugewerksbund eintrat und eine Zerspaltung der Steinfegerorganisation herbeiführte.

6. Die Berufung Pitschkes auf Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist völlig abwegig. Die Resolution Dittmann und Genossen sieht nicht in der Zerspaltung einzelner Mitglieder und Filialen von ihren Mutterorganisationen eine gesunde Weiterentwicklung der Konzentration der Arbeiterkräfte, sondern im organischen Zusammenstoß zu einander gehörender Verbände.

7. Die Entscheidung hierüber muß aber den in Betracht kommenden Organisationen überlassen bleiben, wenn nicht die Geschlossenheit der Bewegung wie im vorliegenden Falle zum Schaden der von der Zerspaltung betroffenen Arbeitergruppe in die Wagschale gesetzt soll.

8. Mitte Januar d. J. hatten 222 Filialen mit 6876 Mitgliedern den Anschluß an den Steinarbeiterverband vollzogen, darunter 15 Filialen mit 563 Mitgliedern des dem ehemaligen Gauleiter Pitschke anvertrauten ehemaligen Gau Mittel- und Süddeutschland. Die 222 zum Steinarbeiterverband übergetretenen Filialen hatten im 2. Quartal 1923 einen Stand von 8430 Mitgliedern. Der eingetretene, zum Teil wieder behobene Rückgang der Mitgliederzahl ist zum allergrößten Teil auf die enorme Arbeitslosigkeit des vergangenen Winters zurückzuführen. Inzwischen haben sich alle Filialen des Steinfegerverbandes mit Ausnahme des Bezirks Groß-Frankfurt und 11 weiteren Filialen dem Steinarbeiterverband angeschlossen.

9. Was würde Pitschke und sein Anhang sagen, wenn das Urabstimmungsergebnis zugunsten des Baugewerksbundes ausgefallen wäre und wenn einzelne Mitglieder und Filialen oder gar Angehörte des Steinfegerverbandes sich mit Unterstützung oder Duldung des Steinarbeiterverbandes der Verschmelzung mit dem Baugewerksbund widersetzt und willkommene Aufnahme im Steinarbeiterverband gefunden hätten?

### Zur Lohnbewegung in der Granit- Schleiferbranche.

In der Granit- und Schleiferbranche haben sich Entlohnungspraktiken herausgebildet, die unbedingte der Öffentlichkeit und vor allem unsern übrigen Berufscollegen nicht vorenthalten werden dürfen. Von einem sozialen Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiter, kann in diesen Unternehmertreibern kaum gesprochen werden. Solange wie diese Industrie besteht, ist von den Betriebsinhabern das Lied von der Notlage des Schleifererwerbes gesungen worden. Dabei büßten in der Nachkriegszeit von keinem Gewerkszweig der weit verzweigten Steinindustrie solche Gewinne erzielt worden sein, wie in dieser Gruppe. Die gesamte Produktion ging ausschließlich in das Ausland! Der Stand der einzelnen Betriebe, sowie der Aufwand der einzelnen Unternehmer läßt allerdings von der bei jeder Lohnverhandlung im Munde geführten Notlage nichts verspüren; daß diese in dem behaupteten Umfang durchaus nicht vorhanden ist, beweist auch die Einschätzung durch die übrigen Steinindustriellen, von denen diese Berufsgruppe nicht selten als „der Klub der Exklusiven“ bezeichnet wird. Von unsern Kollegen werden diese Unternehmer allerdings anders bezeichnet, was für sie ebenfalls kein Geheimnis sein dürfte. Es kann auch behauptet werden, daß sie die von unsern Kollegen gebräuchliche Bezeichnung infolge ihrer Lohnpolitik und des Benehmens einzelner der Betriebsinhaber durchaus verdient haben. Die Schleiferer-Besitzer konnten schon vor dem Kriege das Recht für sich in Anspruch nehmen, den Steinarbeitern, trotz größter Verantwortung beim Arbeitsprozeß und intensiver Affordarbeit die niedrigsten Löhne in der Natursteinindustrie zu bezahlen. In geradezu unverantwortlicher Weise hat diese Berufsgruppe jedoch während der Inflationszeit und noch jetzt mit der Lebensmöglichkeit „ihrer“ Arbeiter und deren Familienangehörigen direkt schändlicher getrieben. Wenn unsere Kollegen heute von maßvoller Erbitterung gegen diese Unternehmertreibe erfüllt sind, so mag nachstehende Aufstellung beweisen, daß diese Unternehmer durch die gewöhnliche Ausnutzung der großen Notlage unsern Kollegen den berechtigten Grund dazu gelegt haben.

Der Papiermarkdurchschnittsverdienst der Steinmengen betrug umgerechnet nach dem jeweiligen Dollarstand in Goldpfennigen:

Datum	Stand des Dollars in Mark	Stundenlohn in Papiermark	Stundenlohn in Gold-Pfg.
1. 7. 1914	4.20	0.56	56,00
1. 7. 1918	5.69	0.99	73,06
1. 7. 1919	13.75	1.82	55,60
15. 2. 1921	59.87	5.21	36,60
31. 12. 1921	184.00	8.64	19,70
31. 3. 1922	305.00	12.54	17,27
30. 6. 1922	374.00	23.23	26,08
30. 9. 1922	1647.00	63.36	16,15
31. 10. 1922	4500.00	83.92	7,88
30. 11. 1922	7650.00	150.00	8,02
31. 12. 1922	7850.00	253.00	14,15
31. 1. 1923	4900.00	404.00	3,47
28. 2. 1923	22700.00	914.04	16,90
31. 3. 1923	20875.00	1202.98	24,09
30. 4. 1923	29800.00	1268.50	18,16
31. 5. 1923	69500.00	1547.61	7,67
30. 6. 1923	154500.00	4833.40	13,14
31. 7. 1923	1100000.00	22752.95	8,70
31. 8. 1923	10300000.00	514271.00	20,97
30. 9. 1923	16000000.00	21946733.00	57,58
31. 10. 1923	7800000000.00	2143601000.00	12,33
14. 11. 1923	42000000000.00	11560300000.00	11,56

Die aus vorstehender Tabelle ersichtlichen Löhne füllen Bände von der großen Notlage und der Entbehrung in diesen Steinarbeiterkreisen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die nach dem jeweiligen Stichtag errechneten Durchschnittslöhne immer erst einige Tage später zur Auszahlung und so noch mehr als einer weiteren Entwertung unterlagen, wie nachstehende Beispiele, die beliebig vermehrt werden können, klar beweisen:

Stichtag	Dollarstand in Mark	Papiermarkstundenlohn	Gold-Pfg.	Auszahl.-Tag	Dollarstand in Mark	Gold-Pfg.
31. 8. 23	10 800 000	514 271	20,97	7. 9. 23	53 000 000	4,08
30. 9. 23	160 000 000	21 946 733	57,58	5. 10. 23	600 000 000	15,38
31. 10. 23	78 000 000 000	2 143 601 000	12,33	9. 11. 23	680 000 000 000	1,48

Daß diese Entlohnung höhnisch war, dürfte sicherlich niemand, — außer den Schleiferbesitzern — bestritten wollen. Ja, selbst aus diesen Kreisen hat man sich in schwachen Stunden zu der Erklärung verleiten lassen, daß tatsächlich in der Entlohnung schwer gelündigt wurde. Den Willen für eine durchgreifende, der Zeit entsprechende Entlohnungsreform, brachten die einstigen jedoch nicht auf! Die in der Inflationsperiode erzielten großen Gewinne sollten wahrscheinlich nicht geschmälert werden, wie die seit Eintreten der Stabilisierung geführten Lohnverhandlungen drastisch beweisen. Man brachte am 15. November 1923 bei der vom Steinarbeiterverband beantragten Verhandlung über die Umstellung der Papiermarklöhne auf Goldmarklöhne, den Mut auf, den Kollegen 25 Prozent der im Reichslohntarife festgesetzten Papiermarklöhne als Goldmarklöhne anzubieten. Mit andern Worten, der Quadratmeter Fläche 65-Cent, der vor dem Kriege mit 16 bis 20 Mk. entlohnt wurde, sollte für 5.40 Mk. von den Kollegen hergestellt werden. Selbst das eigne Torjamt stellte sich gegen die Stimmen unsern Beisitzer auf denselben Standpunkt! Dieser Schiedspruch, der in der Spruchpraxis der tariflichen Schlichtungsinstanzen einzig dastehen dürfte, wurde unersetzlich abgelehnt und das Reichsarbeitsministerium um Einleitung neuer Verhandlungen ersucht. Vom Reichsarbeitsministerium beauftragt, versuchte das Landeseinigungsamt Nürnberg am 28. Dezember 1923 eine Verständigung zwischen den Vertragsparteien. Infolge Nichterscheinens der Betriebsvertreter und Bestreitens der Zuständigkeit des Landeseinigungsamts mußte der Termin vertagt werden. Die zum 4. Januar 1924 festgesetzte Verhandlung mußte auf nochmaligen Einspruch der Betriebsvertreter wiederum auf den 12. Januar vertagt werden. Auf Grund der Vertagungsanträge mußte unbedingt angenommen werden, daß die Vertreter zum erneut festgesetzten Termin erscheinen würden. Das Nachbewußtsein und der Herrenstandpunkt hielt sie abermals davon ab, sich an der Verhandlung zu beteiligen, so daß der Schiedspruch in ihrer Abwesenheit gefällt werden mußte. Die prompte Ablehnung des ergangenen Schiedspruchs, der den Affordarbeitern ungefähr 50 Prozent der Friedenslöhne zusprach, war die weitere Folge. Der weitere Instanzenweg erbrachte unter Vorsitz des Schlichters für Hessen-Nassau am 6. März 1924 endlich eine Verständigung auf der Grundlage des vom Landeseinigungsamts Nürnberg ergangenen Schiedspruchs. Trotzdem durch diese Vereinbarung für die gesamte Affordarbeiter der Schleifergruppe nur 50 Prozent der Friedenslöhne erreicht wurden, verweigerte ein großer Teil, besonders die Unternehmer des Fichtelgebirges, die Anerkennung dieser Lohnsätze. Ein vierwöchiger Streik war die Folge! Bessere Lohnforderungen wurden vom Verband Deutscher Granitwerke sowie von den Fichtelgebirgsunternehmern unter Hinweis auf die Notlage der Industrie wiederum abgelehnt! Das Tarifamt hat sich dem Vorgehen der Unternehmer gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer ebenfalls erneut angeschlossen und unsre Forderung als nichtberechtigt abgewiesen. Ob es überhaupt noch einen Zweck hat, die tarifliche Schlichtungsinstanz anzurufen, erscheint nach diesen Vorläufern äußerst fraglich; die Kollegen werden sich dieses in Zukunft jedenfalls überlegen.

Durch die vollständige Ablehnung unsern gemäß berechtigten Forderung ist die Geduld vollständig erschöpft. Mit den augenblicklichen Lohnsätzen von 10.80 Mk. gegen 16 bis 20 Mk. pro Quadratmeter vor dem Kriege, läßt sich dieses Handwerk arbeitslos nicht mehr aufrechterhalten. Wochenlöhne von 15 bis 20 Mk. bilden bei schwerster intensiver Affordarbeit und größter Verantwortung beim Arbeitsprozeß die allgemeine Regel. Gesundheit und Arbeitskraft wird durch diese Entlohnungen aufs schwerste geschädigt. Die Allgemeinheit und besonders die Abnehmer der Schleiferprodukte haben ein Interesse daran, daß die Arbeitskraft, der Hersteller dieser Erzeugnisse ihres Berufes entsprechend entschädigt werden. Außerdem dürfte für letztere eine Gegenüberstellung der Löhne und Verkaufspreise von 1914 gegenüber den jetzigen ein äußerst interessantes Ergebnis zeitigen.

gen. Die nächste Gelegenheit werden wir benützen, der Allgemeinheit die Herstellungskosten, sowie die Verkaufspreise zu unterbreiten, falls nicht umgehend die unbedingte notwendige Erhöhung der Lohnsätze eintritt. Durch Neueneinrichtung der bereits abgelehnten Forderungen haben die Kollegen auf der Konferenz in Schwarzenbach bewiesen, daß sie bereit sind, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sie erwarten, daß die Unternehmer endlich ihren unzeitgemäßen Widerstand gegen eine angemessene Entlohnung aufgeben. Worte sind genug verschwendet, schnelles Handeln ist erforderlich.

Der vorstehende Artikel war bereits gesetzt, als vom Verband Deutscher Granitwerke und vom Bayerischen Steinindustrieverband, dem Zentralvorstand des Steinarbeiterverbandes die briefliche Mitteilung zugeht, daß jede Lohnaufbesserung von den Arbeitgebern abgelehnt wird und beide Unternehmervereinigungen solidarisch gehen.

Die Kollegen in der Schleiferbranche sehen aus Vorstehendem, wie die Situation steht. Hier hilft demnach kein Mund und Spizzen mehr, jetzt muß ge-piiffen werden!

### Brauchen wir noch Gewerkschaften?

Die Unternehmer sind sehr erfreut darüber, daß die bis vor kurzem übliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen für größere Bezirke oder für ganze Bezirke jetzt vielfach abgelöst worden ist durch sogenannte Werkverträge, die nach Verhandlungen mit „ihren Arbeitern“ zustandekommen sind. Diese Aenderung in Verbindung mit der Ablösung des Dreischichtensystems durch das Zweischichtensystem, also die Ablösung des Achtstundentages durch den Zehnstundentag — oder durch noch längere Arbeitszeit — bezeichnet die „Deutsche Arbeitergeberzeitung“ vor kurzem sogar als „Götterdämmerung“.

Wir können die Freude der Unternehmer wohl verstehen. Sie haben in der Tat sehr viel Ursache dazu. Für die Arbeiterchaft aber ist die Sache nicht so erfreulich, und ein erheblicher Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Zeit der Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Zentralstellen der Gewerkschaften auf diese nicht genug kämpfen konnten, werden inzwischen wohl einsehen haben, daß die Gewerkschaften denn doch keine so ganz überflüssigen Einrichtungen sind, daß man zur Vertretung und Wahrung der Interessen der Arbeiterchaft ganzer Berufe und einzelner Betriebe auch heute noch des Zusammenhalts der Arbeiter und Arbeiterinnen bedarf und auch heute noch Körperschaften benötigt, die unabhängig von den Unternehmern diesen gegenüberzutreten können.

Dies ist sogar jetzt und für die absehbare Zukunft notwendiger als je.

Das persönliche Interesse des Unternehmers an dem einzelnen Arbeiter oder an der einzelnen Arbeiterin ist in der Regel nur sehr gering. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist dies ganz besonders der Fall. Das wissen die Arbeiter auch, und sie haben deshalb eine begriffliche Scheu, sich persönlich unbeliebt zu machen. Das geschieht aber, wenn sie persönlich beim Betriebsinhaber Forderungen auf günstigere Arbeitsbedingungen stellen oder mit ihm über die Bedingungen verhandeln, die der Unternehmer ihnen gestellt hat. Die Aussicht auf die unmittelbaren Folgen für diejenigen Betriebsangehörigen, die diese Verhandlungen führen, veranlaßt recht oft zu begrifflicher Zurückhaltung. Das aber wissen die Unternehmer. Sie verhandeln ja gerade deshalb so gern mit „ihren“ Arbeitern. Wenn aber noch Zweifel über die Unzweckmäßigkeit des unmittelbaren Verkehrs zwischen Unternehmern und Arbeiter der einzelnen Betriebe über die Lohnfrage und über Werkverträge bestanden haben sollten, so werden die Erfahrungen der letzten Zeit wohl darüber keinen Zweifel mehr lassen.

Die Unternehmer haben wirklich allen Anlaß, von einer „Götterdämmerung“ zu reden. Es besteht für sie tatsächlich Aussicht auf eine bessere Zeit, nämlich auf günstigere Gelegenheiten zur Ausbeutung der Kräfte der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, wenn die Ablösung der bisherigen Art der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch sogenannte Werkverträge weiter um sich greift. Dann meißt sich nämlich für sie die Gelegenheit zur Einschüchterung der Arbeiterkräfte in den einzelnen Betrieben und es mehren sich die Fälle, wo der eine Betrieb gegen den anderen ausgespielt werden kann, selbst dann, wenn die Angaben über die einzelnen Betriebe auf unbewußten oder unbewußten Irrtümern beruhen.

Wo die Arbeiterchaft durch Beauftragung der Gewerkschaften bei Verhandlungen vertreten wird und wo die Verhandlungen nicht nur betriebsweise erfolgen, ist einmal solche Täuschung nicht möglich; die Organisationsvertreter, die den einzelnen Unternehmern gegenüber unabhängig sind, können auch ganz anders gegen diese auftreten, als es von dem im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter und Angestellten seinem unmittelbaren Arbeitgeber gegenüber in der Regel geschieht. Vom Werkvertrag bis zur Bildung sogenannter gelber Werkvereine ist übrigens nur noch ein Schritt. Auch aus diesem Grunde sollte die Arbeiterchaft die Entwicklung auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen sehr kritisch betrachten. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben bedürfen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen nicht nur des Zusammenhalts, sie bedürfen auch einer Stelle, die bei entscheidender Gelegenheit Wortführer für sie ist.

Dies ist ganz besonders der Fall in der gegenwärtigen Zeit, wo recht oft die Betriebsleiter gar nicht die unmittelbaren Unternehmer sind und wo oftmals ein persönlicher Unternehmer überhaupt nicht in Frage kommt, wie bei Aktiengesellschaften. Wenn in diesen Fällen Werkabmachungen zustande kommen, dann doch nur nach Vereinbarungen mit Personen — richtiger ist es wohl, so sagen: nach Vorschlägen oder auf Verlangen von Personen —, die nur im Auftrage von Personen oder von Körperschaften handeln, in ihren Entscheidungen nicht selbständig sind und auch Ursache genug haben, sich nicht allzu nachgiebig zu zeigen, weil auch sie in Abhängigkeit leben und sich nicht unbeliebt machen dürfen.

In diesen Fällen, die recht häufig sind, stehen also Beauftragte von Personen und Körperschaften den Vertretern der in den ein-

zelen Betrieben beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten gegenüber. — Es trifft also gar nicht zu, daß durch Wertarbeit oder wie die Abmachungen für einzelne Betriebe immer heißen mögen, das patriarchalische Verhältnis früherer Zeiten wieder hergestellt werden kann. Dafür fehlen heute die Voraussetzungen. Um so notwendiger ist es deshalb, daß auch zur Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten eine unpersonliche Stelle vorhanden ist, die den Ueberblick über die allgemeine Lage der Wirtschaft, über die Kräfte, die in der Wirtschaft um ihre Existenzbedingungen ringen, und die wirtschaftlich unabhängig von der Leitung der einzelnen Betriebe wie von dem Einfluß des organisierten Unternehmertums die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten kann.

Wenn irgend etwas die Notwendigkeit starker und leistungsfähiger Gewerkschaften beweisen kann, dann sind dies die Erfahrungen, die in der letzten Zeit gemacht worden sind. Auch auf diesem Gebiete hat sich wieder die Wahrheit des Sprichworts bewiesen: „Durch Schaden wird man klug“.

Gertrud Hanna.

## Ein Reibhammel „aus öffentlichem Interesse“.

In der „Dortmunder Zeitung“ vom 14. Mai wurde im Zusammenhang mit dem Spartaufbau in Dortmund vom Handwerksamt der vereinigten Innungen ein Schreiben veröffentlicht, welches wegen seiner besonderen Art „verdient“ weiteren Kreisen der Steinmehrer bekannt zu werden. Dem Verfasser des Briefes hat jedenfalls purer Reib die Feder geführt. Er ist anscheinend irgendein kleiner Kräuter, der in der Hauptsache sich von Lehrlingen, und wenn es hochkommt, noch von einem Gesellen seine Existenz schaffen läßt. Dabei dauernd in Angst lebt, daß „seine Leute“ höhere Löhne fordern könnten, natürlich ist so ein Angstkräuter ungeheuer erboht über die „hohen Löhne“ anderer Berufe. Ausgeschlossen ist es nicht, daß der Briefschreiber der Steinindustrie nahe steht und wenn nicht, dann ist er sicher aus diesem Kreise informiert, wenn auch falsch und einseitig. Das Geschreibsel lautet:

An das Handwerksamt Dortmund.

Ich sehe mich gezwungen, aus öffentlichem Interesse auf folgende Zustände aufmerksam zu machen, zu deren Beseitigung das Handwerksamt in erster Linie berufen sein dürfte.

Im Lichtofen und in den Treppenhäusern des Spartaufbaus wird seit Monaten ein Heer von Steinmehrer beschäftigt, um die vorgezeichneten Schichtarbeiten an den Stufstufen auszuführen. Diese Tatsache gibt zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

1. Die beschäftigten Steinmehrer sind nach eigener Beobachtung teils Personen, die im jugendlichen Alter stehen und das Steinmehrerhandwerk nicht vollständig erlernt haben, teils ältere Personen, die seit Jahrzehnten im Steinmehrerberuf nicht mehr tätig gewesen sind, also als Facharbeiter ebenfalls nicht angesehen werden können. Nur wenige ausgewählte Steinmehrer sind beschäftigt.

2. Da die Arbeiten an der Spartaufe von der Bauleitung als dringend bezeichnet werden, benutzen die beschäftigten in der Hauptsache sogenannten „Steinmehrer“ diese günstige Gelegenheit, den Lohn derartig in die Höhe zu treiben, daß das Baukostenmehrgewerbe hinsichtlich der Löhne an der Spitze steht und m. E. die neu einsetzende allgemeine Lohnbewegung nicht zum mindesten gerade hierdurch verzerrt ist. 17jährige Burschen rühmen sich prahlend öffentlich eines Lohnes von 80 Pfg. pro Stunde, während ergraute Familienväter, Arbeiter bei der Industrie, mit etwa 50 Pfg. nach Hause kommen.

3. Noch schlimmere Zustände zeigen sich, wenn man gelegentlich die Arbeit der sogenannten „Steinmehrer“ beobachtet. Wenn man sich an das Gemimmel der „Steinmehrer“ gewöhnt hat und man sich durch deren Zahl nicht besondere Geschäftigkeit vor-täuschen läßt, dann erkennt man, daß in unerhörter Weise die Stunden herausgeschunden werden, daß die Arbeit mit einer Gemindlichkeit ausgeführt wird, die kaum zu überbieten ist. Es wird eben nicht nach der Arbeit gesehen; die Hauptsache ist, daß durch die Beschäftigung von 30 Personen der Eindruck erweckt wird, die „dringenden Arbeiten“ würden mit „liegender Eile“ fortgeführt.

4. Es kommt aber noch schlimmer. Betrachtet man sich die Schichtarbeiten im Treppenhause und Lichtofen, so muß man sich unwillkürlich fragen, ob diese denn überhaupt notwendig sind. Ich meine, sie sind überflüssig. Früher, in besseren Zeiten, war es üblich, die flachen Stufstufen mehr oder weniger kompliziert zu tilgen; jetzt werden die Flächen, die nach Anbringung der Stufstufen fertig wären, durch etwa 30 Personen in beinahe sechsmonatiger Arbeit mit Hohlens u. w. versehen. Sachverständige meinen, daß das Hauen der Hohlens schon so viel gekostet habe, daß man hierfür glatt echtes Natursteinmaterial in gleicher Ausführung hätte verwenden können.

## Drei Grabsteine.

Angelehnt an den Bergeshang liegt der Friedhof des kleinen Gebirgsstädtchens. Ulmen und Linden beschatten die Ruhestätten müder Erdenwanderer. Umhospfen wird das Ganze von einer alten Steinmauer, deren Quader von Moos und Epheuerganz umwunden ist. Grün im Sommer, grün im Winter. Mitten in diesem immergrünen Totengarten steht schlicht und ernst die kleine Friedhofskapelle, deren Glockenröhren sich vergeblich bemühen, das dicke Laubdach der Ulmen- und Lindenwipfel zu durchbrechen. Das ganze waldbehütete Graberfeld ein Bild des Friedens.

Auf diesem Friedhofe stehen drei Grabsteine. Einer ist dem andern vollkommen gleich. Die gleichen Proportionen, das gleiche schmieglame Steinmaterial und die gleiche Art der vorzüglichen Ausführung. Kleine Kunstwerke stellen die drei Grabsteine in ihrer Gleichartigkeit dar. Auf den ersten Blick scheint es, als habe man es mit sogenannten Kollektionsarbeiten zu tun, aber dagegen spricht die Verschiedenheit des Alters der Grabsteine. Es ist jene schöne antikisierende Form, wie sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Friedhöfe unserer Vorfahren zierten. Das Grundmotiv ist dem griechischen Tempelbau mit seinen Giebelsternen und Bekrönungen, seinen düsternen Friesen, stehenden Säulen und Kapitälern entnommen. Diese Gleichartigkeit in Motiv und Ausführung hat es nur angetan. Fast glaubt man, daß auch nicht ein Fäustelchlag mehr bei jedem der drei Grabsteine bei der Ausführung verwendet wurde. Doch das Alter war verschieden. Der älteste zeigte die schöne Patina des in reiner Luft alternden Sandsteins, der zweite hatte den warmen Ton der Jahre und der letzte strahlte so weiß und so hell, als habe erst gestern die Hand des Steinmehrer den letzten Schlag an ihm getan. Ich trete näher zu dem ältesten der Grabsteine und lese diese Grabinschrift:

HIER RUHT DER STEINMETZ  
HERMANN WOLFF  
GESTORBEN IN SEINEM 46. LEBENSJAHRE  
AM 24. MAI A. D. 1855.

Und oben in dem palmendenekrönten Giebelstern der Stirnseite des Denkmals ist ein Steinmehrer eingehauen. Ein nach unten geöffnetes Halbkreuz, auf dessen Scheitelpunkte ein Kreuz mit einem wehenden Fähnchen steht. Auf dem zweiten und dritten Grabsteine steht in der gleichen Schrift der gleiche Name und das gleiche Steinmehrerzeichen, nur als Todesjahre werden die Jahre 1875 und 1896 genannt. Es scheint, eine Steinmehrergeneration steht der andern das gleiche Denkmal in gleicher Weise.

Ich trete näher zu einem Rästel. Der alte Totengräber, der ein neues Grab an der Friedhofsmauer aushebt, wird mir Aufschluß geben können. Und er erzählt: Ja, die Wolffs, das ist seit Urzeiten schon eine alte Steinmehrerfamilie. In der Blüte der Jahre janten die Träger ihres Namens dahin. Der Stein läßt sich nicht ungestraft der Erde entreißen und vorzeitig muß jeder Steinmehrer der Ver-

Ich komme zu der Ueberzeugung, daß mit den Spargroschen der Sparrer in unerhörter Weise Mißbrauch getrieben wird, und halte mich für verpflichtet, das Handwerksamt um Eingreifen zu bitten. M. E. dürfte das Handwerksamt ein tiefes Interesse daran haben, diese „dringende“ Arbeit baldmöglichst beenden zu lassen, damit nicht die Löhne der andern Berufsgruppen weiterhin künstlich in die Höhe getrieben werden.

Das Dortmunder Handwerksamt hat das Schreiben abschließend ohne Kommentar der Öffentlichkeit übergeben und unsre Dortmunder Kollegen lagen mit Recht: „Was kümmert uns diese neidliche Schmiererei!“ Sie halten es in dieser Beziehung mit dem alten Frik, der sagte: „Niedriger hängen!“

Die Dortmunder Steinmehrer hätten auch lieber gesehen, wenn an Stelle von Kunststein Naturstein an dem Bau Verwendung gefunden hätte, bekanntlich werden sie darüber nicht befragt; ihre Gegnerschaft geht aber nicht soweit, auf die Bearbeitung von Kunststein zu verzichten, obwohl es eine Anzahl von Unternehmern in der Natursteinindustrie gern möchten, ja sogar empfohlen haben, indem sie an den Berufsstand der Steinmehrer appellierten. Die Art Gemütsmenschen vergessen natürlich den qualifizierten Steinmehrer sofort wenn es sich um die Lohnfrage handelt, dann pfeifen sie andre Töne und stellen die Arbeitsleistung eines Steinmehrer in gleiche Höhe mit einem Hilfsarbeiter.

Der Lohn von 80 Pfg. pro Stunde, der den Jörn und Reib des Dortmunder Briefschreibers erregt hat, ist für die in Frage stehende Arbeit sogar noch unzulänglich, und die Lebenshaltungskosten sorgen gewiß schon dafür, daß keiner etwa üppig wird. Vielleicht gelingt es unsern Kollegen, den Briefschreiber ausfindig zu machen; wir stellen uns sein Aeußeres vor mit auffallend absteigenden Ohren und mit ein paar Bismarckhaaren unter seinem „Obermann“. Geht er den Dortmunder Steinmehrer gar, dem Reibhammel „aus öffentlichem Interesse“ Knüpfel und Eisen in die Hand zu drücken, damit er sich an Schartieren der Kunststeinflächen und dem Herausarbeiten von „Hohlens“ selber versucht als „jogeanannter Steinmehrer“, dann wird er vor allen Dingen merken, wie großsprecherisch er gewesen ist und wie dumm er über Dinge geurteilt hat, von denen er nichts versteht. Er wird dann ferner merken, daß der Lohn von 80 Pfg. allein schon wegen der Staubfresserei, nicht genügt und er wird sich hoffentlich künftig hüten, von einem künstlichen Hochtreiben der Löhne zu fassen.

## Die Wirtschaftskrise.

In der andauernden Krise des Kreditmarktes enthüllt sich das wahre Gesicht der deutschen Wirtschaftskrise. Die Zeit der Inflation bedeutete eine günstige Konjunktur, die, wie es in Konjunkturzeiten gewöhnlich zu geschehen pflegt, zu Betriebserweiterungen und zur Errichtung neuer, wirtschaftlich oft überflüssiger Betriebe führte. Die Flucht vor der Mark in die Sachwerte hat diesen Prozeß gewaltig gesteigert. Durch diese Flucht sind aber die Unternehmungen „immobil“ geworden, das heißt, sie verfügen über kein Betriebskapital. Aus den laufenden Erparnissen können die nötigen Betriebskapitalien nicht rasch und unter Umständen überhaupt nicht herausgewirtschaftet werden. Kredite aber, die das fehlende Betriebskapital liefern sollen, sind nicht vorhanden. Die Reichsbank, die zur Zeit einer Krise die einzige Quelle neuer Krediterschöpfungen ist, kann mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Währung die nötigen Geldmittel für die Wirtschaft nicht mehr hergeben, sie muß eine Politik der Geldbeschränkungen treiben. Die Privatbanken können, um ihre Liquidität nicht zu gefährden, keine neuen Kredite schöpfen und nur die ihnen in Form von Depositionen zur Verfügung stehenden Beträge ausleihen. Die Bildung von Depositionen war während der Zeit der Geldwertung unmöglich, ging aber auch seit der Stabilisierung der Währung, zum guten Teil durch die Schuld der Banken, welche keine entsprechenden Zinsen für die Depositionen vergüten wollten, nicht vorwärts. Der Kreditmangel ließ die Zinsen für den Kredit ins Ungemessene steigen. Allererste Firmen müssen einen Zins von 35 bis 40 Prozent, andere Kreditgeber 70 bis 100 Prozent zahlen, wenn sie überhaupt Geld bekommen. Diese enormen Zinsen sind auch der Angst vor neuerlicher Geldwertung zuzuschreiben und enthalten daher eine hohe Prämie für Balutarisiko. Die fälligen Darlehen werden nach ihrer Fälligkeit nicht erneuert, und so werden unzählige Existenzen ins Verderben gestürzt.

Wir werden damit vertröstet, daß dieser Zustand auch zu dem Gelundungsprozesse der Wirtschaft gehöre, indem die ungesunden Auswüchse der Inflationwirtschaft jetzt aus dem Wirtschaftskörper ausgemerzt würden, während die gesunden Unternehmungen bestehen blieben. Ist dem wirklich so? Hat nicht vielmehr der volkswirtschaftliche Schriftsteller Lansburgh recht, der in der Zeitschrift „Die Bank“ von einer „Kapitalvagabondage“ redet und sagt, daß heute trotz drückendsten Kapitalmangels Geld für jeden, selbst für den abenteuerlichsten Zweck da ist, sofern nur ungeheure Zinsen und Gewinnbeteiligung zugesichert werden; daß eine Auslese der Kreditnehmer in der Tat stattgefunden hat, aber im

gänglichkeit den Tribut zollen. Der alte Wolff, der dort unter dem ersten Steine liegt, hinterließ bei seinem Tode eine junge Witwe und vier Buben. Der Mutter Sinn wehrte sich mit aller Macht dagegen, daß einer der vier das Handwerk des Vaters erlernte. Das zerstörte, kurze Glück, daß sie an der Seite ihres Gattens genoß, trieb sie vereint mit der Mutterliebe, von ihren Kindern das Los des frühen Sterbens abzuwenden. Die Buben wuchsen heran, aber dem Velleiten hatte es das Handwerk des Vaters angetan; das Steinmehrerblut ließ sich nicht beschwichtigen. Er mußte, ob er wollte oder nicht, zu Fäustel, Knüpfel und Eisen greifen. Und sein erstes Werk, welches er nach beendeter Lehrzeit herstellte, ist des Vaters Grabstein gewesen. Auch er sank im Sommer seines Lebens dahin und auch ihm setzte sein Sohn das gleiche Denkmal mit dem gleichen Steinmehrerzeichen, damit beweisend, daß die Kunst der Väter würdige Bewahrer unter den Söhnen gefunden hat. Und so wird es weiter gehen in dieser Familie. Zwar liegt der letzte Steinmehrer der Familie Wolff draußen in Frankreich; an der Sonne hat er sein Ende gefunden. Aber dessen ältester Bub wird wie der Vater ebenfalls ein tüchtiger Steinmehrer, und er wird dem in der Ferne Ruhenden mit gleicher Liebe und mit gleicher Hingabe das gleiche Denkmal setzen, wie es seine Vorfahren ihren Vätern geweiht haben.

„Es ist Steinmehrerblut, das in ihren Adern rollt, trotz aller Gefahren und aller Mühe, sie lassen von ihrem Handwerk nicht! So sind die Steinmehrer!“ Mit diesen Worten wandte sich der alte Totengräber wieder seiner Beschäftigung zu, und mir ging es durch den Sinn, als hätte ich den Lebenslauf von so manchem braven Kollegen gehört, die im Fluge der Jahre kommen und gehen und denen kein Stein das Andenken wahr, obgleich der Stein die Ursache ihres vorzeitigen Todes ist.

## Parlamentarische Redeb Blüten.

In der „Germania“ wurde unlängst eine Sammlung von Redeb Blüten veröffentlicht, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

In bezug auf das Mieterschutzgesetz meint ein Volksredner: „Dieser Gesetzesentwurf ist ein totgeborenes Kind, das sich im Sande verlaufen hat!“ — Im 23. Ausschuss wendet sich Abgeordneter E. gegen das Sperrgesetz mit den Worten: „Das Sperrgesetz wird dazu führen, daß das Finanzministerium zu einem gewaltigen Kadaver von lächerlichen Dimensionen wird.“ — Gelegenheitlich der Beratung des Notstandsgesetzes erklärt der kommunistische Abgeordnete S.: „Es wirkt geradezu wie ein Brechreiz, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzuge, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Volk schleifen.“ — Ein deutschnationaler kennzeichnet das Betriebsrätegesetz folgendermaßen: „Dieses Betriebsrätegesetz ist der langsam fließende Quell, der allmählich das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu erdrockeln droht.“ — Ein Abgeordneter der Linken eifert: „Ich kann der Reichsregierung

schlechten Sinn, das Kapital wird entweder rein zu Konsumzwecken verwirkt oder in Unternehmungen ohne innere Lebensfähigkeit investiert und zwecklos aufgezogen. Ja, es gibt Geschäftsleute, die leicht absehbare Waren herstellen oder verkaufen, welche angesichts der dann der niedrigen Löhne außergewöhnlich großen Spanne zwischen Gestehungspreis und Marktpreis ihre Betriebe jetzt noch erweitern, wodurch Kapitalien, die sonst bei den Banken deponiert und von diesen weitergeliehen haben, für die übrige Volkswirtschaft verlorengehen. Große volkswirtschaftlich wichtige Unternehmungen können ihre Betriebe nicht weiterführen. Zehntausenden von Arbeitern droht die Arbeitslosigkeit. Dagegen herrscht auf der Börse, wo Effekten gehandelt werden, wieder eine große Geldflüssigkeit. Ungeachtet der sonst allgemein herrschenden Kreditnot — schreibt „Die Börse“ — ist heute an der Börse kurzfristiges Geld überreichlich zu haben. Auch sind die Zinssätze auf diesem Geldmarkt in der letzten Zeit wesentlich zurückgegangen. Die Ueberfremdung der Aktien, deren Kurse in den letzten Monaten gewaltig gesunken sind, hat jetzt wieder große Fortschritte gemacht, die Aktienpatete wandern nach dem Ausland und insbesondere nach England, der Ausverkauf Deutschlands an das ausländische Kapital nimmt seinen Fortgang. Infolge dieser beträchtlichen Auslandskäufe haben sich die Kurse der Aktien wieder erhöht, wenn sie auch immer noch äußerst niedrig sind. Die Lage des Geld- und Kapitalmarktes wird noch durch die Ende Mai aus der Frankenspekulation fälligen Verbindlichkeiten weiter verschärft. Das neuerliche Sinken des Frankenkurses kann nur wenig Erleichterung bringen.

Die notwendige Anpassung der Preise an die Abnahmemöglichkeiten hat endlich begonnen, vorerst aber nur im geringen Maß. Sie sollte bei der Rohle ihren Anfang nehmen, was aber schon infolge der Micumverträge und des Bergarbeiterstreiks nicht möglich war. Auch sind die Eisen- und Stahlpreise äußerst hoch. In der Textil- und Lederindustrie, besonders in der letzteren, scheint ein kleiner Preisabbau eingeleitet zu haben. Die Lebensmittelpreise sind ebenfalls etwas gesunken. Bestände des Groß- und Kleinhandels müssen infolge des Geldmangels oft zu ermäßigten Preisen abgesetzt werden. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten verzeichnet am 28. Mai seit Ende März zum ersten Male eine geringe Abnahme (um 0,9 Prozent). Der Preisrückgang reicht aber zur Ermöglichung einer Ausfuhr nicht aus. Auf der Kölner Messe sind ausländische Bestellungen infolge der hohen Preise gänzlich ausgeblieben. Auch die Tragfähigkeit des inneren Verbrauchs geht zurück. Infolge der Geldknappheit gehen auch die Einfuhren zurück, die Devisenansforderungen sinken, da die Importeure das zur Devisenbeschaffung nötige Geld nicht haben.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes sind infolge der geschickerten Vorgänge sehr ungünstig. Die Auswanderung, die 1923 bereits sehr hoch war — 115 416 Personen sind ausgewandert gegenüber 25 843 im Jahre 1914 — nimmt besonders unter den Angestellten große Ausmaße an. Die Reallohne sind immer noch um ein Viertel niedriger als vor dem Krieg. Im Durchschnitt betragen sie in der letzten Zeit in acht führenden Industrien für gelernte Arbeiter 28,16 Mark pro Woche, bei den großen Konzernen 29,56. Einige Arbeitskämpfe, wie der große Streik der Westarbeiter, der 13 Wochen andauerte, der Streik in der Badischen Amiinfabrik, in der Mannheimer Metallindustrie, wurden beendet, andere, größere Streiks sind noch im Gang. In all diesen Bewegungen kommt der starke Wille der Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Rechtslage bei der Arbeitszeitverlängerung zum Ausdruck. Sie ist bereit, mehr zu leisten ja auch länger zu arbeiten, der Achtstundentag muß aber anerkannt und die Verlängerung als Ueberstundenleistung bezeichnet werden, die nur als Ausnahme besteht. Die Riesenausperrung im Bergbau mit ihren schweren Folgen für das Wirtschaftsleben wurde ebenfalls im Zeichen dieses Grundprinzips durchgeführt. Bei all diesen Kämpfen ergaben sich durch die Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Unternehmer so große Verluste für die Volkswirtschaft, daß sie durch Ueberstunden in absehbarer Zeit nicht ausgeglichen werden können.

## Aus den Zahlstellen.

Unre Lohnkämpfe. Streik der Pflastersteinarbeiter in Kappelrodt-Zurichenbach; der Quarzschleiferarbeiter in Crumendorf; der Steinleger und Berufsgenossen in Weizsig. Gesperrt: In Niederlamig (Oberfr.) der Schleifereibetrieb von Reul. In Wilhelmshaven-Müstringen Firma Müller (Steinselegewerbe).

Erlebte Kämpfe: Im Bayerischen Wald, Bewegung der Granit-arbeiter mit Erfolg.

Zugung ist jernzuhalten: Außer den Orten unter Streik und Sperrung von München (Pflastergewerbe). Mehrmalige Verhandlungen brachten keinen Erfolg; ebenso Duisburg (Steinmehrer und Schleifer).

Viegnig. Die Bauleitung hatte am 25. Mai zu einer Konferenz ausgerufen. Erschienen waren 34 Delegierte, die 1561 Mitglieder zu vertreten hatten. Als Vorsitzende wurden gewählt die Kollegen

den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nach mancher Hinrichtung versagt hat.“ — Ein Unabhängiger erklärt: „Die Konzeption will ich den Agrariern machen, daß das Schicksal Deutschlands beziehungsweise der deutschen Jugend in der Hand der Milchkühe liegt.“ — Ein Demokrat gibt seiner Zustimmung Ausdruck mit den Worten: „Dadurch kann doch gar kein Zweifel sein, daß wir bei dieser Vorlage der Regierung rückgratlos zustimmen müssen.“ — Ein Vertreter der Rechten wendet sich gegen die Ausführungen eines Kommunisten mit der Erklärung: „Das Kapital und die Großindustrie werden ihre Knochen nicht dazu hergeben, daß die Kommunisten Honig daraus saugen können!“ — Ein Demokrat meint: „Dieses Ermächtigungsgesetz ist der Riesenhandwurm, den der Reichstag mit großem Widerwillen geschluckt hat!“ — Ein Kommunist ruft entsetzt: „Der Geist Helfferichs ist der nackte Pferdefuß, welcher am Marke des deutschen Volkes nagt!“ — Eine deutschnationale Größe spricht pathetisch: „Es geht mit dem Gesetz wie mit einem Hundeschwanz, dem man das Lebenslicht Stückweise ausgeblasen hat!“

Im 14. Ausschuss sagt ein Zentrumsmann: „Die Bevölkerungspolitik vollzieht sich in einfachen Bahnen, ich werde Ihnen gleich zeigen, wie!“ — Ein Sozialdemokrat erklärt einem bäuerlichen Abgeordneten gegenüber: „Sie sind der zweite Doktor Heim, welcher sich wie ein roter Faden durch unsere ganze Ernährungspolitik zieht!“ — Der sozialdemokratische Abgeordnete S. ruft der Zentrumsvortreterin Frau T. zu: „Frau Kollegin, ich lasse mich von Ihnen nicht verwalten!“ — Ein Zentrumsabgeordneter erhebt im Hausauschuss warnend seine Stimme: „Ich möchte das auswärtige Amt bitten, bei der Bescheidung der mittleren Beamten mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen!“

Zum Schluß wollen wir noch eine Probe unfreiwilligen Humors eines Redners geben, der auf einer Landwirtentagung unter hübscher Heiterkeit folgenden Satz gelassen aussprach: „Ich kann daher immer nur empfehlen: Benutzung der eigenen Hilfsmittel und Zuhaltung neuer eigener Hilfsmittel, aber größte Skepsis gegenüber allen außerhalb unseres Berufs stehenden Leuten, die uns helfen wollen, sonst erwachen wir eines Tages und sind tot.“ — Das ist allerdings der Gipfel; höher geht's nimmer!

## Mittagsruh.

Die Sonne duckt sich auf den Zweigen,  
Ich halte stille Mittagsruh.  
Ein süßes, sommerliches Schweigen  
Geht durch den Bruch auf seinem Schuß.

Ribellen schweben auf dem Riede,  
Wie bunte Träume dort und hier.  
Es ist so gut, als sah' der Friede  
Auf rauhem Steine neben mir.

Albert Schaffner, Steinbauer.

Senft und Fichtner, als Schriftführer Kollege Werner aus Ströhen. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Bericht über die Abwicklung des Reichsarbeitsvertrags. Den gab in ausführlicher Weise Koll. Zahn (Oberreit). Die Diskussion hierüber war eine rege. Es ergab sich, daß sämtliche Anwesenden von dem Mitwirken der Kollegen Senft und Zahn bei Abschluß des Vertrags zufrieden waren. Als 2. Punkt wurde erklagt: Bezirksratshandlungen bzw. deren Einleitung. Die einzelnen Gruppen beschloßen einstimmig ein einiges geschlossenes Zusammengehen in dieser Sache, so z. B. der Pfistersteindarsteller Ströhen-Ströbel-Jähner unter dem Vorsitz von Müller (Striegau). Im Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Antrag der Granitindustrie auf Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden abgelehnt. Die anwesenden Delegierten beschloßen, in ihren Zahlstellen für den Kauf der Kampffondsmarken zu agitieren. Die Neuwahl der Beisitzer zum Tarifamt wurde den Zahlstellen überlassen. Die Konferenzteilnehmer, die ruhig und sachlich gearbeitet hatten, beschloßen einstimmig folgende Resolution:

Die am 25. Mai tagende Konferenz der schlesischen Granitwerkstein- und Marmorstein sowie der Schotterindustriebeschäftigten stellt mit Befriedigung fest, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit und ihren Folgen, wie auch entgegen aller Anstürme von verschiedenen Seiten, die alte Mitgliederzahl erhalten geblieben ist. Ein Zeichen, daß der Organisationsgedanke festen Fuß gefaßt hat und nicht der geringste Anlaß besteht, der Zukunft zu misstrauen. Behalten wir die bisherige Einigkeit, so werden wir trotz der ungünstigen politischen Zustände und der wirtschaftlichen Uebermacht der Arbeitgeber allen Hemmungen trotzen können.

Inbesondere muß es Aufgabe der Zukunft sein, die bisher durch die Ungunst der Verhältnisse verhinderte Ausläuferarbeit zu leisten, wozu jeder einzelne nach seiner Kraft beizutragen hat. Es darf und wird den Feinden der freien Gewerkschaften und des Solidaritätsgebankens nicht gelingen, Zersplitterung oder sonstige Hemmnisse in die Reihen unserer Kollegen zu tragen und dadurch zum Schaden der Kollegenschaft die Geschäfte der Arbeitgeber zu besorgen. Politische Fragen und Anstimmigkeiten, Parolen unangelegener Praxismethoden usw. dürfen den Besuch der Gewerkschaftsverfammlungen nicht vereiteln, müssen deshalb in politischen Versammlungen ausgeglichen werden. Den Anfängen ist mit aller Entschiedenheit zu wehren!

Die Haltung sowie die Taktik der Zahlstellen wie auch der Verbandsleitung darf nur von den alldauernden freigewerkschaftlichen Grundsätzen beeinflusst und bestimmt werden. Angriffe hiergegen sind unmittelbar und insbesondere im Fachorgan kategorisch zurückzuweisen. Die Konferenz ersucht alle Kollegen unseres Verbands, nach diesen Richtlinien zu verfahren, um die Kampfkraft unserer Organisation nicht nur zu erhalten, sondern noch zu erhöhen. Die Delegierten gedenken aller zur Zeit im Kampf stehenden Kollegen und versprechen, in ihrem Kreise mit allen Mitteln für die Stärkung des Kampffonds zu wirken. Der Tradition unseres Verbands „Alle für einen und einer für alle“ folgend, hofft die Konferenz, daß die Aktivität und Opferfreudigkeit der Kollegenschaft voll erweist, was durch die Inflation verloren ging. Der denkbar größte Widerstand vor allem der Verlängerung der Arbeitszeit. Wägen, wägen und schlagen sei die Parole aller Kollegen.“

**Reisen I.** Der Besuch des Zentralvorstehenden Kollegen Winkler am 18. Mai war der Grund zu einer außerordentlichen Versammlung. Nach kurzer Begrüßung hielt er einen Vortrag über die gegenwärtige Lage. Er streifte kurz die Zeit vor dem Kriege. Im Vergleich zwischen einst und jetzt sagte er, daß die organisierte Arbeiterkraft vor dem Kriege in ihrer Zahl geringer, aber infolge ihrer Einigkeit bedeutend stärker und einflussreicher war. Hauptschuld an der Uneinigkeit sei der parteipolitische Richtungsstreit in den Gewerkschaften. Wohl muß sich jeder Arbeiter politisch betätigen, aber die Gewerkschaften müssen frei bleiben vom politischen Richtungsstreit. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hängt viel von der Einigkeit innerhalb der Gewerkschaften ab. Das möchten wir Steinarbeiter uns hauptsächlich zum Ziel nehmen, da wir mit einer sehr harten Gegnerkraft zu kämpfen haben. Stehen doch gegenwärtig einige tausend Kollegen im Lohnkampf und noch größere Kämpfe stehen uns bevor. Darum einig unter uns und ein jeder tue seine Pflicht der Gewerkschaft gegenüber. Sehr richtig führte der Kollege Winkler aus, daß wir unsern Verband auch in finanzieller Hinsicht tatkräftig unterstützen müssen, denn wo keine Munition ist, da ist auch der Kampf aussichtslos. — Der Beisatz bewies, daß die Kollegen mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Alle Debatterenden waren der Ansicht des Kollegen Winkler. Unter gewerkschaftlichem wurde hauptsächlich das Benehmen der Firma Jotulak kritisiert. Sie hatte es fertiggebracht, unsere Kollegen eifrig Wochen unter dem ohnehin schon niedrigen Tarif zu bezahlen. Die nötigen Schritte, den betreffenden Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, sind unternommen. Die Kollegen wurden aufgefordert, den Kampffondsbeitrag gewissenhaft zu bezahlen. Denn das ist wohl sicher: Gewerkschaftsbeitrag verzinst sich am besten. Es wurden noch einige Orts- und Platzangelegenheiten besprochen. Auch wurde der Abzug für Krankenkasse und Steuer aufgeführt.

**Beucha.** Das 25jährige Stiftungsfest der Zahlstelle wurde am Himmelfahrtstage in entsprechender Weise gefeiert. Früh 6 Uhr Wecken durch Trommelschlag und Musik in Beucha, Wolfshain und Kleinsteinberg. Hierauf Konzert mit Fröhlichopfen. Mittags 1 Uhr wurden die auswärtigen Kollegen und Gäste von der Bahn mit Musik abgeholt und nach dem Festplatz geführt. Der Besuch aus dem Bezirk hätte besser sein können. Trotzdem entwickelte sich auf dem Festplatz reges Leben. Außer dem Konzert brachte der Arbeitergesangverein einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag. Hierauf hielt der Gauleiter, Kollege Schlegel, als langjähriger Vorsitzender der Zahlstelle, die Festrede. In ausführlicher Weise schilderte er die schwierige Entwicklung der Gründung, gedachte auch der beiden verstorbenen Kollegen Martin Rudelshel und Richard Lindner, denen die Zahlstelle viel zu verdanken hat. Schlegel forderte zum Schluß die Kollegen auf, treu zum Verbandsführer zu stehen. Anschließend daran überbrachte der Zentralvorstehende, Kollege Winkler, die Grüße und Glückwünsche der gesamten Verbandsleitung und schloß mit einem Hoch auf die Zahlstelle. Die Gründer der Zahlstelle wurden besonders geehrt. Es kommen folgende Kollegen in Frage: Josef Hacker, Hans Haller, Lorenz Kalskopf, Erhard Raitchel, Paul Singer, Hans Rudelshel, Nikol Rudelshel, Konrad Walther, Michael Garais, August Bedal, Paul Goldhammer, Georg Bedal, August Luzzi. Mit erwähnt sei noch der damalige 1. Vorsitzende (jetzt Werkmeister) Michael Schreiner. Der Kinderbelustigung wurde auch Rechnung getragen. Abends 7 Uhr fand noch ein flotter Fußball statt. K. R.

**Elweiter.** Im Bereich des Ortes liegt am Schneeweiderhof, einem Bergel, der Betrieb der Firma B. A. G. Der Betriebsleiter oder Verwalter machte am 24. Mai am Anschlagbrett durch einen Zettel folgendes bekannt: „Da viele Arbeiter für die neunstündige Arbeitszeit sind, was ich verstehe in Betracht der wirtschaftlichen Not des einzelnen, wird am Montag, am 26. 5., damit begonnen. Um keine falschen Gerüchte zu verbreiten, bin ich in der Lage, der Belegschaft zu versichern, daß bei dieser Arbeitszeitverlängerung keine Lohnkürzungen vorgenommen werden.“ Schwinmer.

Bei diesem wunderbaren Deutsch wäre es sicherlich nicht weiter aufgefallen, wenn vor dem Namen des Verwalters noch ein englischer Sprachbrocken, vielleicht „King“ gestanden hätte. Der Mann kennt sicher seine Leute, aber kennt nicht die Gelese, über die er sich mit seiner Bekanntmachung hinwegsetzt. Er hat nun das Streben, noch mehr Ripper und Knüppelschläger einzustellen, deshalb mag den Kollegen folgendes zur Information dienen: Einen

Betriebsrat kennt man am Schneeweiderhof nicht mehr, denn was die Arbeiter irgendwie angeht, macht und „regelt“ die Betriebsleitung schon selber. Krankengeld wird den Steinarbeitern abgezogen, doch keiner weiß, in welche Klasse er fließt. Ein großer Teil der Akkordarbeiter weiß überhaupt nicht, nach welchen Akkordätzen die Berechnung erfolgt. Auch sonst ist allerhand zu bemängeln, soweit der Lebensschutz im Betriebe in Frage kommt beim Schichten usw. Trotz aller dieser Zustände am Schneeweiderhof fehlt der Organisationsgedanke. Die Belegschaft hat wohl protestiert gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, doch als von den Aufsichtsorganen eine event. Aussperrung angedeutet wurde — arbeitete man 9 Stunden. Ja, der Verwalter kennt seine Leute und diese, zirka 300 Mann, sind nun auch rechts aus dem Verstande ausgeflogen. Mit der Begründung — weil der Achtstundentag preisgegeben wurde. Wohlvorständen, der Verbandsleitung wurde erst Mitteilung gemacht am 1. Juni, wie die Arbeitszeitverlängerung bereits in Kauf genommen und der Austritt vollzogen war. Die dortigen Kollegen mühen eine merkwürdige Einstellung in der Organisationsfrage haben. Sie selber rühren sich nicht und treten aus, weil sie nicht wagen, gegen die Anordnung der Betriebsleitung anzugehen. Wenn alle Steinarbeiter so gewachsen wären, wie anscheinend die Mehrzahl der am Schneeweiderhof beschäftigten Steinbruchs- und Pfistersteinarbeiter, dann sähe es allerdings mit dem Lohn, dem Tarifwesen, dem Gesundheitschutz, der Arbeitszeit und dem Mitbestimmungsrecht der Steinarbeiter bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen und im Betrieb selber, in der deutschen Natursteinindustrie recht traurig aus. Es wäre wirklich angebracht, daß die dortigen Steinarbeiter sich auf ihren Wert und ihre Kraft besinnen. Denn ein „King“ im Betriebe hat auch nur Macht, solange die Betriebsuntertanen tuscheln und kein Rückgrat haben. Dieser mag in seiner Verwaltungs- und Betriebsleitungspraxis unjertwegen seine Herrschallüren ruhig weiterpflegen, doch wo das Interesse oder die Ehre der Belegschaft in Frage kommen, dazu noch geistlich verankert sind, muß es heißen: „Bis hierher und nicht weiter.“ Der Dichter Schöffel schrieb:

„In den Zeiten der Verzerrung wirkt am rechten Platz ein kräftig Wort oft Wunder. Viele richten an der anderen Mut sich selbst auf, und an einem festen Willen kräftigen Hunderte den ihren.“

**Bensheim.** Am 29. Mai tagte in Bensheim eine Bezirkskonferenz für die Schleiferei- sowie die Granitwerksteingruppe im Odenwald. Zur Tagesordnung stand: Berichtserstattung über Lohnverhandlung und Neuforderung. Als ersten Punkt behandelte der Bezirksleiter die Schleifereigruppe. Es war aus dem schriftlichen sowie mündlichen Verkehr, der mit den Unternehmern gepflogen, der Schluß zu ziehen, daß die ganzen Bemühungen ziemlich ergebnislos verlaufen sind. Es soll der Schlichtungsausschuß Darmstadt, der bereits angerufen ist, entscheiden. In der Diskussion wurde von verschiedenen Delegierten Klage geführt, daß die jüngeren Kollegen nicht das Interesse an den Tag legen, wie es in Anbetracht unserer wichtigen Sache sein soll, und es daher nicht zu verwundern ist, wenn z. B. der Unternehmer Böhringer in Lindenfels keinen Arbeiter erklärt, er könne wegen Geldmangels nur für drei Tage auszahlen; drei Tage würden gutgeschrieben. Zum Bericht Weidenhammers von der Schwarzenbacher Konferenz wird eine Resolution beschlossen, in der die Unzufriedenheit gegen die Regelung in der Sache des Gauleiters Kollegen Schmidt zum Ausdruck kommt. Ueber die letzte Lohnforderung für die Granitwerksteingruppe soll auch der Schlichtungsausschuß Darmstadt entscheiden. Ferner wurde beantragt, daß sämtliche Lohnverhandlungskosten für die Granitgruppe die Zentrale zu tragen hat. Nachdem noch zwei Delegierte zur Verhandlung in Darmstadt bestimmt wurden, war Schluß der Konferenz.

**Kampf um den Achtstundentag im Regierungsbezirk Merseburg.** Die Kollegen vom Steinseherberuf werden zur Zeit gezwungen, den Kampf zur Erhaltung des Achtstundentages aufzunehmen. Wie die Leitung der Steinseher-Zwangsunion im Regierungsbezirk Merseburg unserem Gauleiter mittelst unternehmen die Industriellen des Bergbaues wie auch der chemischen Industrie insofern einen Vorstoß, indem sie nur unter der Bedingung, daß die Steinseher pro Tag 10 Stunden Arbeit verrichten, Pflasterarbeiten ausführen lassen wollen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Vorstoß durch eine Anzahl der Steinseherunternehmer angenehm ist, denn im Innern sind sie die größten Gegner des Achtstundentages. Nach Ansicht dieser Unentwegten wird für den Steinseherberuf, durch Verlängerung der Arbeitszeit mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen. Im Gegensatz zu diesen Unternehmern befindet sich ein anderer Teil, der unumwunden zugibt, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit ein Teil Arbeitnehmer ohne weiteres arbeitslos wird, das jedoch dürfte kein Grund sein, etwa nicht zur Verlängerung der Arbeitszeit zu greifen. Unsere Arbeitskollegen haben aber nun für die Unternehmerbestrebungen kein Verständnis, sind vielmehr der Ansicht, daß zur Bewältigung der vorliegenden Arbeitsaufträge die zur Zeit bestehende achtstündige Arbeitszeit vollkommen ausreicht! Die Arbeitnehmer des Steinseherberufes lehnen eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit rundweg ab, und sollte es deswegen hier oder dort zum Kampf kommen, dann wird der Kampf eben aufgenommen und ausgefochten. Die Steinseher und Berufsangehörigen werden aufgefordert, sofern irgendwo eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit gefordert wird, diese abzulehnen und sich auf die vertraglichen Bestimmungen zu berufen.

### Rundschau.

**Aus der Steinindustrie.** Von einem Gutachten zugunsten der Steinpflasterung, welches das Stadtbauamt zu Paris dem Stadtrat unterbreitete, gibt der „Steinbildhauer“ Kunde. Die Gutachten erfolgte im Jahre 1916 und enthält einen ausführlichen Vergleich über die zur Anwendung kommenden Pflasterungsmaterialien in den Pariser Straßen.

1. Die geschotterte Straße ist dazu verurteilt, allmählich zu verschwinden infolge des Staubes und Schlammes, der durch ihre rasche Abnutzung entsteht, und infolge ihrer bedeutenden Erhaltungskosten.

2. Die Pflasterung mit Steinwürfeln ist die regelrechte Straßenbefestigung, die einzige, welche sich dem sehr schweren Fuhrwerk und dem Lrambahngeis anpaßt. In Fällen, wo unabhängig von technischen und wirtschaftlichen Erwägungen, ein- oder zweifachpflaster, welche beide die gleichen Vorteile besitzen, der Vorzug gegeben wird, müssen folgende Umstände berücksichtigt werden: Für wichtigen Verkehr in breiten und luftigen Straßen, bei Steigungen, die 1:25 (4 Prozent) nicht überschreiten, eignet sich das Holzpflaster besser. Für beständigen Verkehr in engen und wenig luftigen Gassen mit Steigungen von höchstens 1:50 (2 Prozent) ist Asphalt besser.

Weiter: Die Vorliebe des Publikums, wollen wir sagen: die Mode, neigt glatteren Straßen zu als es der Stein ist und weniger geräuschvoll, wie es die Pflasterung mit Holzsteinen oder Asphalt ist. Daraus entstand eine Aesthetik der Fahrbahnbefestigung, womit sich der Vorzug erklärt, welcher dem Holz- und Asphaltpflaster gegeben wurde. Aber mag auch ihr Einfluß noch so stark sein, diese äußerlichen Erwägungen nehmen nichts von dem inneren Werte des Pflasters aus Steinwürfeln. Der Fortschritt allein, in dessen Namen das Legen eines solchen Pflasters seinerzeit versucht wurde, kann bei dem Wettbewerb neuer Grundstoffe nur neuerlich geltend gemacht werden und der Anwendung des Steinpflasters nur weitere Verbreitung sichern.

„Einige schöne Erfolge“ haben nach einem Artikel von Dr. G. Steinlein (mit dem wir uns in der Nr. 22 beschäftigt haben) die Münchner Arbeitgeber in der Steinindustrie erzielt. Man höre: „Zunächst gelang es nach ungefähr zehnjähriger Pause die Akkordarbeit wieder einzuführen.“ Daß es soweit kam, soll das Verdienst des „Altmeyers“ der Steinmetzkunst Herrn Anton Heidler sein. Die Meister haben „allerdings für die Ein-

führung der Akkordarbeit auch ein Opfer bringen müssen“, nämlich sie haben sich verpflichtet, für das Jahr 1924 den Steinmetzen dieselbe Lohnhöhe zu gewähren, wie der Maurer sie erhält. (Schreckliches Opfer, wenn die Münchner Meister an dieser Opferwilligkeit nur nicht zugrunde gehen.) Und weiter berichtet der Herr Doktor, daß „momentan in München die Beschäftigung mit ziemlich gut bezahlt werden kann“, doch sind keine Ausflüchte, daß sie anhält, „daß wir einem schlechten Wetter entgegengehen“. (Die Angst, dem geht's tatsächlich wie Hanemann mit den großen Steinen!) Nun haben die Münchner Steinmetzen sogar einer Verlängerung der Arbeitszeit von 45 und 46 Stunden auf 48 Stunden pro Woche zugestimmt. Gegen einen allgemeinen bairisch-münchenerischen Schiedspruch, der die 9stündige Arbeitszeit festlegt, wehrten sich mit Erfolg die Steinmetzen, sie scheuten sogar nach dem Bericht des Herrn Doktor „peinliche Verluste nicht“ (Das ist einfach zum Gottverdammten) und der Jörn darüber ergreift sich in folgender Weise: „Die deutsche Arbeiterschaft mußte dulden und leiden, um im Deutschland einem halbwegsigen Prinzip zur Durchführung zu verhelfen, das in Rußland selbst schon längst keine Gültigkeit mehr hat.“

Wir sind tatsächlich platt vor dieser Drahterei und wenn all die „schönen Erfolge“ der Münchner Steinmetzmeister, von denen des weiteren in dem spaltenlangen Artikel des Herrn Dr. G. Steinlein die Rede ist, auf solchen dürren Boden gewachsen sind, dann find wir berechtigt zu sagen: „Sieh du nach deinen Rechnungen — ich fürchte, sie stehen übel.“

**Strassenpflaster aus Gummi.** In England beschäftigt man sich wegen des immer stärker zunehmenden Kraftwagenverkehrs sehr lebhaft mit der Frage, wie sich dauernd verschleißfeste Strassenpflaster schaffen lassen. Auch die Gummipflasterung hat man dort nicht ohne Erfolg probiert. So soll in London, wie die „Bautechnik“ schreibt, an einer verkehrsreichen Stelle schon seit 1870 (?) Gummi pflaster liegen und sich gut bewährt haben. Eine Hauptschwierigkeit bereitet es, die Gummioberfläche so anzubringen, daß sie dauernd an ihrer Unterlage haftet. Neuerdings macht man in einer Hauptstraße von Glasgow einen Versuch mit Pflastersteinen, die mit Gummilöphen versehen sind. Auf 5 Zentimeter starken Betonplatten von 23 zu 11,5 Zentimeter Seitenlänge ist eine 5 Zentimeter starke Gummiaufgabe mit zwei Eisenstiften befestigt. Die Steine werden wie gewöhnliches Reihpflaster verlegt und die Fugen mit Pech ausgegossen. Die Versuchsstrecke liegt seit drei Vierteljahr und hat sich bis jetzt gut gehalten. Ob allerdings bei den hohen Anlagelosten eines solchen Pflasters die nötige Rentabilität zu erreichen ist, wird sich erst nach mehrjähriger Benutzung einwandfrei feststellen lassen.

**Gewerkschaftliches.** Auf Veranlassung des Leipziger Gewerkschaftsartells (Otsauschuß) hat die Gewerkschafterverammlung des Volkshauses, G. m. b. H. in Leipzig, beschlossen, die Räume den Veranstaltungen der Kommunisten nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Grund: Das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der KPD! Es wäre ja tatsächlich großer Unfug, wenn die Gewerkschaften ihr Haus zur Verfügung stellen, damit die Zerstörungsarbeit an den gewerkschaftlichen Organisationen ungehindert betrieben werden kann.

Eine Sächsische Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB, beschloß am 1. Juni unter anderem, eine eigene Gewerkschaftszeitung für Sachsen herauszugeben. Die Leipziger Gewerkschaftszeitung wird dementsprechend ausgebaut; sie soll vorläufig an jedem 1. und 15. jeden Monats erscheinen. Die Zeitung ist etwa nicht gedacht als Gegenstück zur Gewerkschaftszeitung des ADGB, auch nicht als Ersatz oder Konkurrenz der einzelnen Verbandszeitungen, sondern sie wird in der Hauptsache für die Bekanntmachungen des Dresdner Bezirksausschusses Sorge tragen und alles entsprechend behandeln, was für die sächsischen Organisationen von Belang ist. Nicht zuletzt ist die Veranlassung zu dieser Einrichtung die Haltung einzelner politischer Tageszeitungen, die den Bekanntmachungen der gewerkschaftlichen Instanzen nicht das nötige Verständnis entgegenbringen. Eine solche große, wichtige Bewegung, wie die der Gewerkschaften, mit ihrem Wert für die gesamte proletarische Bewegung, muß schon von vornherein, daß ihr Rechnung getragen wird. Würde man die einzelnen Redakteure für das Gewerkschaftliche in den politischen Redaktionen unter die Lupe nehmen, wird der Beschluß der Sächsischen Konferenz noch verständlicher werden.

Die Gewerkschaftsbank als Aktiengesellschaft. Am 15. Mai beschloß in Berlin die von den Gewerkschaften gegründete Kapitalverwertungsgesellschaft, G. m. b. H., die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Damit ist ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Erklarung der Arbeiterbewegung getan. Sie soll „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Aktiengesellschaft“ firmieren und in dem Bureaubände des ADGB in Berlin ihren Sitz haben.

Die Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie liegt in der Nr. 7 vor. Sie enthält eine Reihe einzelner Aufsätze, die dem Sachverständigen gutachten gewidmet sind. Die Zeitschrift hat über den Rahmen der Betriebsräte in der Metallindustrie hinaus Bedeutung und ist zweifellos ein allgemeines Bildungsorgan. Sie erscheint alle zwei Wochen 32seitig und ist im Postabonnement für 2,50 Mk. pro Vierteljahr zu beziehen. (Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erhalten die Zeitschrift zu dem geringen Betrag von 4 Pfg. pro Exemplar.)

25jähriges Bestehen der christlichen Gewerkschaften. Am Pfingsten 1924 blickte die genannte Bewegung auf ein Alter von 25 Jahre zurück; ihr erster Kongreß 1899 in Mainz wird als Gründungstag angesehen. Mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse soll von Veranstaltungen aus Anlaß „des Geburtstages“ abgesehen werden; dafür sollen im Spätherbst Kundgebungen stattfinden.

**Gegen den Krieg!** Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt uns: In diesem Jahre kehrt zum zehnten Male der Tag wieder, an dem der Weltkrieg seinen Beginn nahm. Es ist der geeignetste Zeitpunkt, vor der Welt den Friedenswillen derjenigen zu bekunden, die den Krieg als der Menschheit unwürdig bekämpft. Darum haben der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts- und die Jugend-Internationale beschloßen, am 21. September d. J. in allen Ländern und an allen Orten Kundgebungen der arbeitenden Bevölkerung, wie überhaupt aller Friedensfreunde, zu veranstalten, die dem Weltgewissen das nur zu schnell vergessene Elend des Krieges wieder in Erinnerung rufen sollen.

Die Zwischenzeit darf aber nicht ungenutzt verstreichen. Mit allen Mitteln arbeitet die völkische, nationalistische Propaganda auf den Weltkrieg zurück mit Frankreich hin, groß ist die Gefahr, daß hierdurch und durch die Wahnsinnspolitik Frankreichs Massen des deutschen Volkes, besonders die Jugend, für militärische und damit kriegerische Zwecke gewonnen werden. Durch die Veranschaulichung der Folgen einer solchen Politik muß dem überall entgegengetreten werden. Räte Kollwitz hat für den Internationalen Gewerkschaftskongreß eine Anti-Kriegs-Postkarte geschaffen, die besser als jede Schilderung durch Worte es vermag, den unbeschreiblichen Jammer des Krieges und seine Folgen zum Ausdruck bringt. Diese Karte muß jetzt in Massen unter unser Volk gebracht werden. Die Wahlveranstaltungen, Maiafieren, Volksteste, wie überhaupt Veranstaltungen aller Art dienen Gelegenheit zum Vertrieb der Karte. Jeder Friedensfreund benutze sie als Postkarte, um sie weiter wirken zu lassen. Für den Verkauf selbst werden unsere Jugendlichen, besonders die Mädchen, vor allem in Frage kommen. Die örtlichen Organisationen der Arbeiterschaft aber haben die Pflicht, sich über die notwendigen Maßnahmen zu verständigen, damit ein Gegeneinanderarbeiten vermieden wird.

